

PRESSEMITTEILUNG 04/2016
des Würzburger Flüchtlingsrats
- zur sofortigen Veröffentlichung -



Geschäftsstelle

Jürgen Heß
Augustinerkloster
Dominikanerplatz 2
97070 Würzburg

Tel.: +49 175 2182164
info@wuerzburger-fluechtlingsrat.de
www.wuerzburger-fluechtlingsrat.de

Presseerklärung des Würzburger Flüchtlingsrates
zur Einrichtung eines Sonderlagers für Asylsuchende aus der Ukraine in Ingolstadt

Aktuell werden in Bayern mehrere hundert Asylsuchende aus der Ukraine einer Sondereinrichtung in Ingolstadt zugewiesen. Dort wird in einem Schnellverfahren über ihre Asylanträge – nach Erfahrungen mit den Rückführungszentren für Menschen vom Westbalkan – wohl überwiegend negativ entschieden. Es ist zu befürchten, dass daraufhin direkt aus dieser Unterkunft zeitnahe Abschiebungen in das immer noch im Krieg befindliche Herkunftsland vollzogen werden.

Der Würzburger Flüchtlingsrat sieht in dieser Maßnahme einmal mehr einen Beleg für die verfehlte Asylpolitik der vergangenen Jahre. Die „landesinterne Umverteilung“ ist in § 50 AsylG, also auf Bundesebene, bestimmt worden. Dort heißt es, einer Anhörung des Ausländers bedürfe es nicht – ein Akt der Diskriminierung, von der Mehrheit des Bundestags mitgetragen. Asylgesetze wurden gerade in den vergangenen Monaten in kopfloser Geschwindigkeit und unter dem Druck populistischer Stimmungsmache verändert und neu konzipiert. Wer die Reduzierung der Flüchtlingszahlen zum obersten Prinzip politischer Entscheidungen erklärt, opfert diesem Ziel schließlich auch den Wert der Humanität. Wir verurteilen diese politische Grundhaltung, die inzwischen in die entsprechenden Gesetzesänderungen eingeflossen ist, aufs Schärfste. Sie gibt den Regierungen die Möglichkeit, relativ willkürlich aufgrund der Anerkennungsquoten der jeweiligen Herkunftsländer die Flüchtlinge in entsprechende Lager zu zwingen, um dort innerhalb kürzester Zeit die Asylverfahren in der Regel negativ zum Abschluss zu bringen. Sonder- und Rückführungslager zu betreiben und dort Menschen aus bestimmten Ländern zu konzentrieren, verbietet sich insbesondere auf deutschem Boden grundsätzlich und in besonderer Weise. Die Asyl-Schnellverfahren, denen die Betroffenen dort unterzogen werden, sind umstritten; es gibt Hinweise auf verkürzte Anhörungen und mangelnde Würdigung individueller Fluchtgründe.

Verzweifelte Erwachsene, Kinder, die hier bereits beschult wurden und nun wieder entwurzelt werden, fassungslose und zornige Ehrenamtliche, die darum kämpfen, die Menschen, die ihnen vertraut geworden sind, nicht gehen lassen zu müssen: Der Würzburger Flüchtlingsrat erklärt sich mit ihnen allen solidarisch und fordert die bayerische Staatsregierung auf, die Einrichtung von Sonder- und Rückführungslagern für Geflüchtete unverzüglich einzustellen und weder ukrainische noch künftig Asylsuchende aus anderen Ländern dorthin zu verbringen.

Die von der Politik gelobte aktive Zivilgesellschaft als Motor der Integration und oft genug als Kämpfer gegen die Windmühlen struktureller Unzulänglichkeit und Unfähigkeit fühlt sich missachtet und verhöhnt durch eine politische Willkür, die ihre monatelangen solidarischen Bemühungen zunichtemacht. Die wahren menschlichen Opfer sind jedoch die Geflüchteten aus der Ukraine, deren Schicksal uns zu Protest und Widerstand verpflichtet. Wir unterstützen alle gesellschaftlichen Kräfte und Initiativen, die sich dieser Entwicklung mit Zivilcourage entgegenstellen.

Würzburg, den 07.08.2016